

**Schweizerische Volkspartei
(SVP)**

Jahresbericht

2013



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. Erfolgsbilanz	4
1. Das Jahr 2013 im Rückblick	4
3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion	28
4. Vernehmlassungsantworten der SVP	29
5. Positionspapiere der SVP	34
6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen	35
7. Internet	36
II. PARTEIORGANE	37
1. Delegiertenversammlungen	37
2. Zentralvorstand	38
3. Leitender Ausschuss	41
4. Parteileitung	42
5. Generalsekretariat	43
6. Fraktion der Bundesversammlung	44
III. Eidgenössische Volksabstimmungen 2013	46
IV. Die SVP in den Kantonsparlamenten	48
V. Die SVP-Kantonalsektionen ONLINE	49

Vorwort

Das Jahr 2013 war für die SVP insbesondere geprägt durch die Volksabstimmungen über zwei von der Partei lancierte Volksinitiativen. Obwohl sowohl die Volkswahl des Bundesrates als auch die Familieninitiative keine Mehrheit fanden, ermöglichte die SVP wichtige Diskussionen über die Volksrechte sowie über die Stellung der Familie. Dank des Widerstands der SVP wurde im Frühjahr 2013 der zentralistische und entmündigende Familienartikel in der Bundesverfassung abgelehnt.

Erfreuliche Ergebnisse brachten die kantonalen Wahlen im Jahr 2013. Sämtliche Wahlen – in Solothurn, im Wallis, in Neuenburg und Genf – konnten siegreich gestaltet werden. In Basel-Land gelang zudem die Rückkehr in die kantonale Exekutive. Die SVP hat zur Mitte der Legislatur mit 21 Regierungsräten die höchste Zahl an kantonalen Exekutivmitgliedern in ihrer Geschichte. In den kantonalen Parlamenten ist sie mit insgesamt 562 Mandaten zudem wieder die stärkste Kraft.

Eine wichtige inhaltliche Debatte konnte die Partei mit konkreten Vorschlägen zur künftigen Gestaltung des Verhältnisses zwischen Landesrecht und Völkerrecht lancieren. Die zunehmende Tendenz, dass internationales Recht über demokratisch legitimatedes Landesrecht gestellt wird, muss unbedingt gestoppt werden.

Anlässlich von insgesamt acht Medienkonferenzen stellte die SVP unter anderem Positionsbezüge zur Energiestrategie 2050, zu Volksschule und Berufsbildung, zur Integrationspolitik und zur Landwirtschaft vor.

Neben zahlreichen Medienmitteilungen und Verlautbarungen veröffentlichte die Partei im Jahr 2013 zudem drei Extrablätter, welche in alle Haushaltungen der Schweiz verteilt wurden. Das Dritte bereits im Hinblick auf die Volksabstimmung zur Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“, zu welcher der Abstimmungskampf das Jahresende 2013 prägte.

Zum Jahreswechsel zog auch die eidgenössische Fraktion Bilanz über die erste Legislaturhälfte und die erreichten Ziele. Politische Akzente konnte die Fraktion vorab in der Ausländer- und Asylpolitik setzen, wo sie verschiedene Gesetzesrevisionen mitgeprägt hat und mit zahlreichen Anträgen und Vorstössen präsent war. Ebenso hat sie die europapolitische Diskussion aktiv beeinflusst, welche vom Bundesrat mit dem Anstossen institutioneller Verhandlungen mit der EU erneut in den politischen Fokus rückt und auch das Jahr 2014 prägen dürfte.



Martin Baltisser
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2013 im Rückblick

JANUAR

4. und 5. Januar 2013: Die Parteikader der SVP Schweiz versammeln sich zu ihrer traditionellen Arbeitstagung in Horn (TG)

Die „Bad Horn“-Tagung 2013 widmet sich den Sozialwerken der Schweiz. Diese stehen vor grossen finanziellen Herausforderungen. Die Probleme der Sozialwerke, insbesondere der Altersvorsorge, können nicht einfach durch zusätzliche Einwanderung gelöst werden. Taugliche Lösungsansätze müssen vielmehr auf die spezifischen Gegebenheiten der Schweiz und ihrer Wirtschaft zugeschnitten sein. Neben der Demographie spielen dabei verschiedene weitere Einflussfaktoren eine entscheidende Rolle. Diese bestimmen auch den politischen Handlungsspielraum.

Am 2. Tag wird eine vertiefte Analyse der Selects-Studie zu den Wahlen 2011 präsentiert. Wir schauen zurück auf den Wahlkampf in den USA. Weiter informiert der designierte Bundespräsident Ueli Maurer über seine Prioritäten für das Jahr 2013.



Konzentriert: Teilnehmer der Kadertagung der SVP in Horn (TG)

Delegiertenversammlung in Balsthal (SO) vom 26. Januar 2013 „NEIN zur Verstaatlichung unserer Kinder“

Die Delegierten der SVP Schweiz treffen sich um die Parolen für die Vorlagen der kommenden Abstimmung zu fassen. Es geht einerseits um den **Verfassungsartikel über die Familienpolitik**, über den am 3. März abgestimmt wird. Der neue Verfassungsartikel schadet den Familien, indem er sie entmündigt und die Verant-

wortung für die Kinderbetreuung an den Bund delegiert. Das führt zu massiv höheren Kosten und zu einer Auflösung der bewährten Strukturen. Die Delegierten der SVP folgen der Empfehlung des Zentralvorstands und fassen die **Nein-Parole zum neuen Bundesbeschluss zur Familienpolitik** mit 482 Nein- gegen 1 Ja-Stimme.

Auch bei der zweiten Vorlage folgen die Delegierten dem Zentralvorstand. Sie fassen die **NEIN-Parole zur Volksinitiative "gegen die Abzockerei"** mit 295 Nein- zu 160 Ja-Stimmen. Sie bevorzugen den schneller gegen die Abzockerei wirkenden Gegenentwurf des Parlaments.



Abstimmung an der Delegiertenversammlung



Referat von Nationalrat Christoph Blocher

Pressekonferenz der SVP vom 29. Januar 2013 „Extrablatt vom Februar 2013“

Die SVP präsentiert ihre zweite Ausgabe des Extrablatt vom Februar 2013, die sie schweizweit in alle Haushalte schicken wird. Themen sind die Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2013: Familienartikel; Familie, Schule, Bildung. Referendum zum Raumplanungsgesetz und die Abzockerinitiative.

EXTRABLATT
der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Februar 2013

Sonderfall Schweiz 8
Wir BürgerInnen und Bürger bestimmen – nicht die Eliten.

Volksabstimmung 14/15
Ihre Meinung zu Bildung und Familie. Machen Sie mit!

Familienartikel 5
Nein zum Blankocheck für unbezahlbare Familienpolitik.

Staatskinder?
Nein zur Verstaatlichung der Kinder

Pressekonferenz der SVP vom 31.01. 2013

„Energiestrategie 2050 führt ins Abseits“

Die SVP stellt anlässlich einer Medienkonferenz ihre Vernehmlassungsantwort zur Energiestrategie 2050 des Bundes vor. Die SVP lehnt die Vorschläge des Bundesrates entschieden ab und fordert mit ihrem Gegenkonzept eine realistische Energiepolitik, welche eine Versorgung mit genügend, kostengünstiger, möglichst unabhängiger und sicherer Energie garantiert. Die SVP verlangt vom Bundesrat zudem, dass er eine detaillierte Gesamtschau über alle Phasen der Energiestrategie auf den Tisch legt, was im vorliegenden Entwurf in keiner Art und Weise der Fall ist. Der komplette Massnahmenkatalog wie auch die nötigen gesetzlichen Anpassungen sind alle unter ein referendumsfähiges Rahmengesetz zu stellen, damit das Volk demokratisch darüber befinden kann.



Die Herren Nationalräte Guy Parmelin, Hans Killer und Albert Röstli

FEBRUAR

13. SVP-Jasscup vom 25. Februar 2013 ein voller Erfolg

Über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer treffen sich am 25.2.2013 zum 13. SVP-Jasscup in der vollen Markthalle in Wattwil, um zusammen mit Bundespräsident Ueli Maurer, Parteipräsident Toni Brunner und weiteren SVP-Parlamentariern einen Jass zu klopfen. Wir gratulieren Frau Maria Bertschinger aus Ebnat-Kappel zum Gewinn des SVP-Jasscups. Frau Bertschinger erzielt starke 4464 Punkte. Bester SVP-Parlamentarier ist der Thurgauer SVP-Nationalrat Markus Hausammann auf Platz 46 mit 4035 Punkten.



Heitere Stimmung am gut besuchten 13. Jass-Cup der SVP

Point de Presse der SVP vom 26. Februar 2013

„Einheimische gesunde Produkte fördern – oder Grenzen für weitere Skandale öffnen?“

Die Diskussionen über den erneuten Lebensmittelskandal rund um undeckertes Pferdefleisch zeigen, dass wir in der Schweiz an einer Wegkreuzung stehen. Wollen wir Schweizerinnen und Schweizer eine heimische, gesunde landwirtschaftliche Produktion von qualitativ hochwertigen Produkten, die entsprechend etwas kosten, oder wollen wir die sogenannte „Ökologisierung“ weiter vorantreiben und dafür auf billigere Importprodukte mit allen dazugehörigen Problemen setzen? Die SVP erwartet insbesondere vom Schweizerischen Bauernverband, dass dieser die unbefriedigende Agrarpolitik AP 2014-2017 mit einem Referendum bekämpfen wird. Nur so wird die einheimische Nahrungsmittelproduktion nicht weiter geschwächt und die Bevölkerung kann über den Weg der Zukunft abstimmen.

MÄRZ



Eidgenössische Abstimmung vom 3. März 2013

- Bundesbeschluss über die Familienpolitik
- Volksinitiative „gegen die Abzockerei“
- Änderung des Raumplanungsgesetzes

Volks-Ja aber Stände-Nein: Die neue **Verfassungsgrundlage über die Familienpolitik** hätte die Eigenverantwortung der Familie geschwächt und höhere Steuern durch Kosten in Milliardenhöhe für die Subventionierung von Krippenplätzen zur Folge gehabt. Die SVP freut sich, dass ein Zeichen zugunsten des Föderalismus und der Stärkung der Freiheit der Familie gesetzt wurde. Entsprechend erwartet die SVP, dass sich die gleichen Kreise, die sich für den Familienartikel eingesetzt haben - allen voran die CVP - nun auch für die Familieninitiative der SVP, die wohl noch im Berichtsjahr zur Abstimmung kommt, einsetzen werden. Die Familieninitiative will Familien, die ihre Kinder selber betreuen, steuerlich mindestens in gleichem Umfang entlasten wie Familien, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Eltern, die ihre Kinder gegen Entgelt fremd betreuen lassen, können bisher steuerlich profitieren - was von der SVP mitgetragen wird - aber jene Eltern, welche sich der Aufgabe der Kinderbetreuung selber stellen, bisher von diesem Steuervorteil ausgeschlossen sind. Diese Diskriminierung darf nicht weiter hingenommen werden.

Das **JA zur Revision des Raumplanungsgesetzes** zeigt auf, dass sich die Schweizer Bevölkerung grosse Sorgen macht in Bezug auf die Zersiedelung der Landschaft. Für die SVP ist es zentral, dass nun auch mit dem neuen Gesetz die verfassungsmässig garantierte Eigentumsfreiheit respektiert wird. Bund und Kantone stehen diesbezüglich in der Pflicht. Nebst dem Bedürfnis nach zusätzlichem Wohnraum ist die Zuwanderung hauptverantwortlich für die sichtbaren Folgen des Baumbooms der letzten Jahre. In diesem Bereich bietet das neue Raumplanungsgesetz keine Lösung. Hierzu gilt es nun, die jährliche Einwanderung in der Grösse der Stadt St. Gallen von rund 80'000 Personen endlich in den Griff zu kriegen. Die SVP fordert, dass ihre Masseneinwanderungsinitiative, die eine Steuerung der Zuwande-

rung über eine Rückkehr zu Kontingenten verlangt, so schnell als möglich vors Volk gebracht wird.

Das **JA zur Abzockerinitiative** war voraussehbar. Der grassierenden Masslosigkeit und der Verlust an Realitätssinn bei vielen Managern in der Schweiz und auch weltweit hat dem Werk- und Finanzplatz Schweiz Schaden zugefügt. Der Gegenentwurf zur Bekämpfung der Abzockerei, welcher von der SVP Schweiz unterstützt wurde, ist damit vom Tisch. Die Volksinitiative und damit der Volkswille sind jetzt - unter Einbezug der Initianten - rasch und pragmatisch umzusetzen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, sofort tätig zu werden und allenfalls eine Expertengruppe einzusetzen, um - dank verstärkter Mitspracherechte der Eigentümer - ohne Verzögerung weitere Exzesse bei den Entschädigungen zu verhindern.



Frühjahrsession 2013 (4. - 22. März 2013)

In der ersten Sessionswoche wurde Verena Herzog (SVP/TG) vereidigt, welche auf Peter Spuhler in den Nationalrat nachgerückt ist. Bei der Erhöhung der Autobahnvignette ist der Nationalrat im dritten Anlauf auf die Linie des Bundesrates und Ständerats eingeschwenkt und hat entgegen dem Willen der SVP der Erhöhung auf 100 CHF zugestimmt. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer Motion zur Adoption von Stiefkindern in einer eingetragenen Partnerschaft zugestimmt. Aufgrund einer SVP-Initiative hat der Nationalrat beschlossen, das Grenzwachtkorps weiter aufzustocken. Weiter hat der Nationalrat sieben Doppelbesteuerungsabkommen (Irland, Portugal, Bulgarien, Slowenien, Tschechien, Turkmenistan und Peru) nach dem aktuellen OECD-Standard mit der Möglichkeit für Gruppenanfragen gutgeheissen. Der Ständerat will wie der Bundesrat und der Nationalrat an der allgemeinen Wehrpflicht festhalten und empfiehlt die Volksinitiative der GSoA für die Aufhebung der Wehrpflicht zur Ablehnung. Auch die Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin" haben National- und Ständerat dem Stimmvolk zur Ablehnung empfohlen. Beide Räte setzen auf einen direkten Gegenvorschlag. Nach jahrelangem Druck der SVP hat der Ständerat endlich beschlossen, elektronisch abzustimmen und einen Teil der Abstimmungen publik zu machen, indem ein Vorstoss von This Jenny (SVP/GL) angenommen wurde.

In der **zweiten Sessionswoche** hat der Ständerat als Zweitrat den Rahmenkredit für den IWF entgegen dem Willen der SVP gutgeheissen. Allerdings haben beide Kammern den Betrag gekürzt - von 15 Mrd. CHF, die der Bundesrat beantragt hatte, auf 10 Mrd. CHF. Der Nationalrat hat die Cleantech-Initiative der SP "Neue Arbeitsplätze dank erneuerbarer Energien" zur Ablehnung empfohlen. Allerdings zeichnet sich ein indirekter Gegenvorschlag mittels einer Änderung des Energiegesetzes ab. Weiter hat der Nationalrat die Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes beraten. Ohne Niederlassungsbewilligung und guten Sprachkenntnisse soll niemand mehr eingebürgert werden, Erleichterungen für Jugendliche sollen wegfallen. Die Aufenthaltsdauer von vorläufig Aufgenommenen und Asylbewerbern soll nicht mehr angerechnet werden. Gleichzeitig wurde die Minimalaufenthaltsfrist jedoch von heute 12 auf neu 10 Jahre gesenkt. Daher hat sich die SVP am Schluss der Stimme enthalten. Nach dem Nationalrat und dem Bundesrat hat sich auch der Ständerat dafür ausgesprochen, die Lex Koller beizubehalten. Damit können Personen aus

dem Ausland weiterhin nicht unbeschränkt in der Schweiz Grundstücke kaufen.

In der **dritten Sessionswoche** hat der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP das Wahlsystem in der Schwyzer Kantonsverfassung nicht garantiert. Er hielt damit an seinem vorherigen Entscheid fest, wonach die fehlende Stimmrechtsgleichheit die Bundesverfassung verletzt. Für den Kanton Schwyz hat das Nein zur Folge, dass er sein Wahlsystem ändern muss. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat im Sinne der SVP einer Motion zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten zugestimmt. Läden sollen künftig in der ganzen Schweiz werktags mindestens bis 20 Uhr und samstags bis 19 Uhr geöffnet haben dürfen. Die Landwirtschaftspolitik wird auf eine neue Basis gestellt. National- und Ständerat haben die Agrarpolitik 2014-2017 bereinigt. Damit werden die Tierbeiträge entgegen dem Willen der SVP abgeschafft, eingeführt werden beispielsweise Beiträge, welche die Landschaftspflege abgelten sollen. Der Nationalrat hat als Zweitrat entgegen dem Willen der SVP einer Änderung des Geldwäschereigesetzes zugestimmt. Der Ständerat hat die JUSO-Initiative "1:12 - Für gerechte Löhne" als Zweitrat zur Ablehnung empfohlen. Diese wird dem Volk ohne Gegenvorschlag vorgelegt.

Regierungsratswahlen im Kanton Wallis

Am 17. März 2013 gelingt **SVP-Nationalrat Oskar Freysinger die Wahl in den Walliser Staatsrat**. Gemäss dem Endresultat kann Freysinger sein gutes Abschneiden vom ersten Wahlgang wiederholen. Er wird das Departement für Bildung und Sicherheit übernehmen.

Der Erfolg Freysingers ist wegweisend für die ganze Westschweiz. Nun hat die SVP wieder einen Regierungsrat in der Westschweiz. Die Walliser Regierung setzte sich seit 1997 aus drei Vertretern der C-Parteien und je einem Vertreter der SP und FDP zusammen. Mit dem Einzug der SVP lautet die neue Sitzverteilung 3 CVP, 1 SVP und 1 SP.

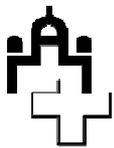


Strahlender Gewinner: Oskar Freysinger wird Regierungsrat
Quelle: Keystone

Pressekonferenz der SVP vom 12. April 2013

„Volksschule bereitet immer weniger auf Berufsleben vor“

Die SVP hat anlässlich einer Medienkonferenz ihr neues **Positionspapier „Berufswelt und Volksschule“** den Medien und der Öffentlichkeit vorgestellt. Das duale Berufsbildungssystem mit soliden, anspruchsvollen und praxisorientierten Berufslehren als zentrales Element ist das bewährte Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit. Die Berufstauglichkeit muss im Mittelpunkt der Ausbildung stehen und nicht akademische Abschlüsse. Die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien liegt bei 55 Prozent, im EU-Durchschnitt ist jeder vierte Jugendliche arbeitslos, in der Schweiz liegt die Jugendarbeitslosenquote hingegen lediglich zwischen 3 und 4 Prozent. Das Erfolgsmodell der Schweiz ist allerdings durch Fehlentwicklungen in der Volksschule gefährdet. Diese gilt es zu stoppen.



Sondersession 2013 (15. – 17. April)

Montag, 15. April 2013

Der **Nationalrat** hat sich am ersten Tag seiner Sondersession mit der **SVP-Familieninitiative** (12.068) befasst. Zur Forderung nach einem Steuerabzug für den Selbstbetreuungsaufwand von Familien wollten sich aber so viele Parlamentarier äussern, dass die Debatte am Dienstag fortgesetzt wird.

Dienstag, 16. April 2013

Am Dienstag hat der **Nationalrat** die Debatte zur **SVP-Familieninitiative** zu Ende geführt und beschlossen, diese mit 109 zu 74 Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Neben der SVP haben sich ein Grossteil der CVP und einige FDP-Nationalräte für die Initiative ausgesprochen.

Ebenfalls entgegen dem Willen der SVP hat der Nationalrat der Revision des **Konkursrechts** (10.077) mit 99 zu 74 Stimmen zugestimmt. Damit sollen Sanierungen von Unternehmen in Schieflage erleichtert und Elemente des US-Konkursrechts eingeführt werden. Marode Unternehmen sollen etwa eine Verschnaufpause erhalten können, während der sie sich sanieren können. Als Ausgleich hiess der Rat eine Sozialplanpflicht bei Massenentlassungen für Unternehmen mit über 250 Mitarbeitern gegen den Willen der SVP und FDP mit 89 zu 78 Stimmen gut.

Der Bundesrat soll künftig **Staatsverträge** nur noch dann vorläufig anwenden dürfen, wenn die zuständigen Parlamentskommissionen zustimmen. Der Nationalrat hat eine entsprechende Gesetzesänderung (12.069) gutgeheissen und reagiert damit auf den UBS-Staatsvertrag mit den USA. Der Bundesrat war damit einverstanden, seine Kompetenzen leicht einzuschränken, hätte aber nur dann auf die vorläufige Anwendung eines Vertrags verzichten wollen, wenn zwei Drittel der Mitglieder beider Parlamentskommissionen Nein sagen. Dies ging dem Nationalrat zu wenig weit: Der Vorschlag des Bundesrates erhielt keine einzige Stimme. Nun muss noch der Ständerat entscheiden.

Für die **Hotellerie** soll bei der Mehrwertsteuer weiterhin ein Sondersatz gelten. Der Nationalrat hat sich mit 145 zu 36 Stimmen bei einer Enthaltung für eine Verlänge-

rung bis Ende 2017 ausgesprochen (12.485). Sagt auch der Ständerat Ja, gilt für die Hotellerie weiterhin ein Mehrwertsteuersatz von 3,8%. Der Normalsatz beträgt 8%, der reduzierte Satz 2,5%.

Die Schweizer Botschaft in **Guatemala** und das Generalkonsulat in **Chicago** sollen nicht geschlossen werden. Dies fordert der Nationalrat mit Unterstützung der SVP. Er hat Vorstössen seiner APK (12.3991/13.3007) deutlich zugestimmt.

Mittwoch, 17. April 2013

Am letzten Tag hat der **Nationalrat** die ausserordentliche Session zu **Schengen/Dublin** durchgeführt, welche auf Antrag der SVP einberufen wurde. Nach einer zweistündigen Debatte wurden unter anderem folgende Vorstösse angenommen:

- 11.3831 Mo. SVP-Fraktion. Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln
- 11.3832 Mo. SVP-Fraktion. Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen
- 12.3180 Mo. Fehr Hans. Aufstockung des Grenzwachtkorps

Alle angenommenen Vorstösse gehen in den Ständerat. Abgelehnt wurden u.a.:

- 12.3126 Mo. Rusconi. Schengen-Abkommen kündigen
- 11.3920 Mo. SVP-Fraktion. Kein Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene (91 zu 91 Stimmen mit Stichentscheid der Präsidentin Maya Graf!)
- 11.3833 Mo. SVP-Fraktion. Ein Asylgesuch mit einer Beschwerdemöglichkeit reicht. Keine Wiedererwägungs- und Mehrfachgesuche mehr

Weiter hat der Nationalrat die Volksabstimmung „**Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache**“ (12.052) beraten. Diese fordert die Entlastung der Krankenversicherung durch die Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung. Die grosse Kammer empfiehlt die Initiative mit 130 zu 29 Stimmen bei 19 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Mehrheit der SVP-Fraktion hat sich für die Initiative ausgesprochen.

Bei der Beratung von Vorstössen aus dem EDI hat der Nationalrat eine Motion zur Aufhebung des **Numerus Clausus** (11.3526) entgegen dem Willen der SVP angenommen. Der Vorstoss geht nun in den Ständerat.

Zum Abschluss der Sondersession hat der Nationalrat im Sinne der SVP eine Pa.Iv. zur Einführung eines **Pflichtpfandes** für Getränkedosen und -flaschen (12.478) mit 58 zu 90 Stimmen abgelehnt.

Der **Ständerat** hat keine Sondersession durchgeführt.

Pressekonferenz der SVP vom 22. April 2013

„Dem Volk Vertrauen“

An der Pressekonferenz vom 22. April 2013 haben nebst Toni Brunner, Vizepräsidentin Judith Uebersax, Nationalrat Guy Parmelin auch Regierungspräsident Markus Kägi (ZH) und Regierungsrat Christoph Neuhaus (BE) die Argumente für die **Volkswahl des Bundesrates** präsentiert. In allen Kantonen werden Regierungsräte, Ständeräte und Nationalräte vom Volk gewählt. Das hat sich bewährt. Es gibt keinen Grund, warum die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausgerechnet auf höchster Ebene, bei der Wahl des Bundesrates, kein Mitspracherecht haben. Die Volkswahl ist ein Vertrauensbeweis ins Volk und eine Stärkung der direkten Demo-

kratie. Nur mit der Volkswahl wird der Bundesrat gezwungen, die drängendsten Probleme im Asylbereich, mit der Zuwanderung oder dem zunehmenden Druck aus dem Ausland zu lösen.



Dem Volk vertrauen!



Deshalb am 9. Juni:

Volkswahl des Bundesrates *Ja*

PC 30-209744-4

www.volkswahl.ch

Regierungsratswahlen im Kanton Neuenburg

Nationalrat **Yvan Perrin** tritt das erste Mal für die SVP bei Regierungsratswahlen in seinem Kanton an. Beim ersten Wahlgang vom **28. April 2013** erreicht keiner der Kandidaten das absolute Mehr, deshalb kommt es am 19. Mai 2013 zum 2. Wahlgang.

MAI

Delegiertenversammlung in Engelberg (OW) vom 4. Mai 2013 „Dem Volk vertrauen – Volkswahl Bundesrat“

Die Delegierten der SVP haben die **JA-Parole** zur Volksinitiative "**Volkswahl des Bundesrates**" mit 370 Ja- gegen 8 Nein-Stimmen gefasst.

Ausserdem haben die Delegierten der SVP einstimmig die **JA-Parole zur Änderung des Asylgesetzes (AsyIG)** gefasst.



Delegiertenversammlung in Engelberg (OW)

Regierungsratswahlen im Kanton Neuenburg; 2. Wahlgang

Am **Sonntag, 19. Mai 2013** wählt der **Kanton Neuenburg** seine fünfköpfige Regierung. Nachdem beim ersten Wahlgang vom 28. April 2013 keiner der Kandidaten

das absolute Mehr erreichte, wird erneut gewählt. Während die Regierung insgesamt nach links kippt, schafft die SVP erstmals den Einzug in die Regierung, dies mit **Nationalrat Yves Perrin**. Er erzielt das viertbeste Resultat.



Grosse Freude über die Wahl: Nationalrätin Céline Amaudruz (GE) gratuliert Yvan Perrin (Keystone)

JUNI



Sommersession 2013 (03. – 21. Juni)

In der **ersten Sessionswoche** hat der Ständerat die als "Energiewende light" bezeichnete Initiative der UREK-NR angenommen und die Cleantech-Initiative der SP abgelehnt. Die Kommissionsvorlage ist der indirekte Gegenvorschlag zur SP-Initiative. Beide Räte haben die Rechnung 2012 genehmigt. Diese schliesst mit einem Überschuss in der ordentlichen Rechnung von rund 1,3 Mrd. CHF. Der neue Finanzierungsmodus für die Bahn im Rahmen der FABI-Vorlage als Gegenvorschlag zur VCS-Initiative "Für den öffentlichen Verkehr" hat auch im Nationalrat eine Mehrheit gefunden. Der Nationalrat hat als Zweitrat grünes Licht gegeben für den Fluglärmvertrag mit Deutschland und der Ratifikation zugestimmt. Der Ständerat hat eine Motion von Hans Fehr (SVP/ZH) für ein nationales Vermummungsverbot mit 27 zu 3 Stimmen abgelehnt, nachdem der Nationalrat der Forderung zugestimmt hatte.

In der **zweiten Sessionswoche** hat der Nationalrat weitere Gesetzesänderungen betreffend Pädophilie gutgeheissen, nachdem er sich in der Frühjahrssession bereits für die Pädophilen-Initiative ausgesprochen hatte. Weiter hat der Nationalrat die Swissness-Vorlage bereinigt. Damit dürfen industrielle Produkte nur mit dem Schweizer Kreuz beworben werden dürfen, wenn mindestens 60% der Herstellungskosten in der Schweiz anfallen. Die SVP wollte 50%. Der Nationalrat hat ausserdem im Sinne der SVP das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungsprogramm KAP an den Bundesrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, verschiedene Varianten (einnahmen- und ausgabenseitig) vorzulegen. Weiter hat er entgegen dem Willen der SVP die Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den IWF Kreditvereinbarungen gutgeheissen.

In der **dritten Sessionswoche** hat der Ständerat als Zweitrat einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Grossverdiener künftig mehr in die Arbeitslosenkasse

ein zahlen müssen. Weiter hat der Ständerat entgegen dem Willen der SVP einem Gesamtkredit über 305,5 Mio. CHF für die Weiterführung der EU-Bildungsprogramme in den Jahren 2014 bis 2020 zugestimmt. Während der Ständerat zuvor zweimal auf die "Lex USA" eingetreten war, hat sich der Nationalrat zweimal geweigert, auf das Gesetz zur Beilegung des Steuerstreits einzutreten. Das Gesetz, welches die gesamte Sommersession dominiert hatte, ist mit dem zweiten Nichteintreten definitiv vom Tisch. Der Nationalrat hat mit Unterstützung der SVP den zweiten Teil der 6. IV-Revision abgeschrieben, da die noch verbleibende Vorlage praktisch keine Einsparungen mehr gebracht hätte. Eltern sollen bei der Scheidung künftig gemeinsam das Sorgerecht für ihre Kinder erhalten. Dieser Grundsatz wird mit einer Änderung des Zivilgesetzbuchs eingeführt, welche der Nationalrat bereinigt hat. Die von linker Seite einberufene ausserordentliche Session über den Finanzplatz und den automatischen Informationsaustausch hat den Parteien Gelegenheit geboten, sich eingehend zum Brunetti-Bericht und zu den ersten Schlussfolgerungen des Bundesrats zu äussern. Der Nationalrat hat beschlossen, die Masseneinwanderungsinitiative der SVP dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Der Abstimmung ging eine gut siebenstündige Diskussion mit über 60 Rednern voraus, rund 30 Redner stellte die SVP-Fraktion. Auch die SVP-Familieninitiative empfiehlt das Parlament zur Ablehnung. Als Zweitrat wies der Ständerat mit 26 zu 17 Stimmen das Begehren ab. Weiter genehmigte der Ständerat das Abkommen zur Umsetzung des US-Steuergesetzes FATCA entgegen dem Willen der SVP.



Eidgenössische Abstimmung vom 9. Juni 2013

- Volkswahl Bundesrat
- Revision des Asylgesetz

Mit dem **NEIN zur Volkswahl des Bundesrates** ist die Schweizer Bevölkerung der Argumentation gefolgt, dass es keine Änderung des Wahlverfahrens für den Bundesrat braucht. Sämtliche anderen Parteien haben landauf und landab beschworen, dass das Parlament die würdigere und fähigere Wahlbehörde für den Bundesrat sei. Die SVP wird die Parteien bei den nächsten Vakanzen und Gesamterneuerungswahlen im Bundesrat an ihre vollmundigen Versprechen – keine Spiele und Mausechelen mehr zu betreiben - erinnern.

Die SVP wird sich weiterhin für die Stärkung der Volksrechte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land einsetzen. So wird sie dagegen kämpfen, dass Bundesrat und Parlament mit der EU Verträge abschliessen, die in Zukunft EU-Recht über Schweizer Recht stellen und Rechtsanpassungen der EU automatisch übernehmen. Auch eine Unterstellung der Schweiz unter die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs kommt für die SVP nicht in Frage. Die SVP zitiert Staatssekretär Yves Rossier im Hinblick auf ein Verhandlungsmandat zu den institutionellen Fragen: „JA es sind fremde Richter“. Die SVP wird sich mit allen Mitteln gegen „fremde Richter“ und Erpressungen aus dem Ausland wehren. Nur so kann die Souveränität und damit dank Rechtssicherheit der Wohlstand unseres Landes gewahrt werden. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Schweizerinnen und Schweizer weiterhin das letzte Wort in unserem Land haben und nicht weltfremde Bundesräte und Behörden, die unser Land schon lange in die EU führen wollen. Die tragischen Folgen einer Nichtberücksichtigung des Volkswillens sind uns bekannt: Ausschaffungen krimineller Ausländer werden nicht vollzogen, verurteilte Sexualstraftäter vorzeitig aus der Haft

entlassen und eine ganze Asylindustrie profitiert vom Asylmissbrauchswesen in unserem Land.



(Bild: SRF)

Das massive **JA zur Revision des Asylgesetzes** zeigt auf, dass die Schweizer Bevölkerung sich grosse Sorgen macht in Bezug auf die Missbräuche des Asylrechts. Für die SVP ist es zentral, dass nun konsequente Schritte wie eine Beschleunigung der Verfahren, eine harte Linie gegenüber kriminellen Asylmissbrauchern sowie eine Senkung der Attraktivität für Wirtschaftsmigranten ohne Flüchtlingseigenschaft auch wirklich durchgesetzt werden auf allen Ebenen der Verwaltung. Nur so können das herrschende Chaos und die hohe Kriminalität im Asylbereich konsequent bekämpft werden. Da genügen verständnisvolle Worte der zuständigen Bundesrätin nicht, sondern es gilt zu handeln und durchzusetzen, was harte Alltagsarbeit bedeutet. Des Weiteren setzt sich die SVP Schweiz – trotz Scheitern im Parlament - für folgende dringend notwendige Verschärfungen im Asylwesen ein:

- Einführung von geschlossenen Zentren für renitente Asylbewerber
- Beschwerden gegen negative Asylentscheide werden an eine Beschwerdeinstanz im EJPD und nicht mehr ans Bundesverwaltungsgericht, welches das Verfahren oft massiv verlängert, gestellt
- Aufhebung der Härtefallregelung: keine Aufenthaltsbewilligungen mehr für vorläufig Aufgenommene
- Attraktivitätssenkung der vorläufigen Aufnahme: Aufenthaltsbewilligung erst nach 7 Jahren (anstatt 5), Familiennachzug erst nach 5 Jahren (anstatt 3)
- Abschaffung des Familienasyls: die Ehepartner und Kinder eines Flüchtlings erhält nicht mehr automatisch ebenfalls den Flüchtlingsstatus
- Streichung der unentgeltlichen Rechtspflege für alle Asylbewerber
- Bei Wegweisungen wird die Einheit der Familie nicht mehr beachtet
- Nur noch Nothilfe für Asylsuchende



(Bild: SRF)

Sonderparteitag in Würenlos (AG) vom 15. Juni 2013 „Berufswelt und Volksschule“

Im Zentrum des Sonderparteitages steht der Entwurf des Positionspapiers „Berufswelt und Volksschule“, welches die Partei den Medien und der Öffentlichkeit im April 2013 vorgestellt hat. Das duale Berufsbildungssystem mit soliden, anspruchsvollen und praxisorientierten Berufslehren als zentrales Element ist das bewährte Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit. Die Berufstauglichkeit muss im Mittelpunkt der Ausbildung stehen und nicht akademische Abschlüsse. Die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien liegt bei 55 Prozent, im EU-Durchschnitt ist jeder vierte Jugendliche arbeitslos, in der Schweiz liegt die Jugendarbeitslosenquote hingegen lediglich zwischen 3 und 4 Prozent. Das Erfolgsmodell der Schweiz ist allerdings durch Fehlentwicklungen in der Volksschule gefährdet. Diese gilt es zu stoppen.



Podiumsdiskussion. Vlnr: Prof. Dr. Walter Bircher, Willi Villiger, Christoph Romer, Peter Keller, Stephan Schleiss

JULI

Referendum gegen 100-Franken-Vignette eingereicht

Am 10. Juli 2013 reicht das überparteiliche Komitee mit Nationalrätin Nadja Pieren (BE), Nationalrat Walter Wobmann (SO) und Vizepäsident Claude-Alain Voiblet über 100'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein, doppelt so viele, wie nötig gewesen wären. Am 24. November wird das Volk über die Vorlage abstimmen können.



Nationalräte Walter Wobmann, Nadja Pieren und Parteileitungsmitglied Claude-Alain Voiblet vor der Bundeskanzlei.

Immer mehr zahlen?



24. November 2013:

**Nationalstrassen-
abgabegesetz**
(Vignetten-Verteuerung)

NEIN

www.100fr-vignette-nein.ch

Pressekonferenz der SVP vom 8. August 2013 „Integration ist kein Selbstbedienungsladen“

Die SVP hat anlässlich einer Medienkonferenz ihr neues Positionspapier „Integration ist kein Selbstbedienungsladen“ den Medien und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die im Papier aufgestellten Forderungen werden von SVP-Parlamentariern in Form von Anträgen in die vom Bundesrat verabschiedete Vorlage zur Änderung des Ausländergesetzes eingebracht. Die parlamentarische Beratung des Gesetzes beginnt am 16. August 2013 in der Staatspolitischen Kommission des Ständerates. Die millionenteure, antiliberalen, bürokratische und zentralistische Vorlage widerspricht dem im der Bundesverfassung verankerten Gebot der Selbstverantwortung sowie dem bei der Volksabstimmung zur Ausschaffungsinitiative klar geäußerten Volkswillen.



v.l.n.r.: Ständerat Peter Föhn (SZ), Nationalrätin Yvette Estermann (LU), Vizepräsident Claude-Alain Voiblet (VD) und Nationalrat Gregor Rutz (ZH)

Pressekonferenz der SVP vom 12. August 2013 „Schweizer Recht vor fremdem, internationalem Recht“

Die SVP hat an ihrer Medienkonferenz vom 12. August 2013 Wege aufgezeigt, wie die zunehmende Verdrängung des schweizerischen Rechts durch internationales Recht gestoppt und der Einfluss des internationalen Rechts besser kontrolliert werden kann. Mit konkreten Vorschlägen von Verfassungsänderungen soll der Vorrang des demokratisch legitimierten Schweizer Rechts gegenüber internationalem Recht wiederhergestellt werden. Die SVP will damit eine breite öffentliche Diskussion über das Verhältnis von Landesrecht und internationalem Recht lancieren. Eine Volksinitiative zu diesem Thema wird geprüft.



v.l.n.r.: Nationalrätin Céline Amaudruz (GE), Nationalrat Christoph Blocher (ZH), Nationalrat und Parteipräsident Toni Brunner (SG) und Kantonsrat Prof. Hans-Ueli Vogt (ZH)

Delegiertenversammlung 2013 in Genf (GE) vom 24. August 2013 „Dem Sozialismus eine Absage erteilen“

Am Samstag, 24. August 2013 haben sich in Genf die SVP-Delegierten anlässlich einer ordentlichen Delegiertenversammlung versammelt. Anwesend war auch Bundespräsident Ueli Maurer, der sein Referat über Sicherheit und Leistung im Hinblick auf die kommenden Volksabstimmungen gehalten hat.

Im Zentrum der Delegiertenversammlung standen die Parolenfassungen der SVP zu den Abstimmungen vom 22. September bzw. 24. November 2013:

GSoA-Initiative: Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee will die allgemeine Wehrpflicht aufheben und eine „freiwillige“ Milizarmee einsetzen. Das ist jedoch eine Utopie und er verschleiert das wahre Ziel der GsoA: Die Abschaffung der Armee. Die Delegierten der SVP haben **einstimmig die Nein-Parole** zur Volksinitiative "JA zur Aufhebung der Wehrpflicht" mit **234 Nein-Stimmen** gefasst.

1:12-Initiative: Die 1:12-Initiative der Jungsozialisten will ein staatliches Lohndiktat. Die JUSO hängt dem sozialistisch-kommunistischen Gedankengut an, das grosse Teile von Europa ins Elend gestürzt hat. Noch heute leiden zahlreiche europäische Staaten an diesen irren Experimenten mit Gleichmacherei und staatlicher Einmischung bis in die letzten Lebensbereiche. Hohe Arbeitslosigkeit, bei Jugendlichen an manchen Orten bis zu 50 Prozent, Perspektivlosigkeit, Rezession und Misswirtschaft sind die abschreckenden Beispiele, die uns das sozialistisch geprägte Europa täglich präsentiert. Deshalb wären wir von der 1:12-Initiative alle betroffen. Die Delegierten der SVP haben **einstimmig die Nein-Parole** zur Volksinitiative "1:12 - Für gerechte Löhne" mit **247 Nein-Stimmen** gefasst.



Einstimmige Ablehnung der linken Volksinitiative in einer der Palexpo-Hallen in Genf

SEPTEMBER



Herbstsession 2013 (09. – 27. September)

In der **ersten Sessionswoche** wurde Raymond Clottu (SVP/NE) vereidigt, der auf den in den Regierungsrat gewählten Yvan Perrin folgt. Der Nationalrat hat als Zweitrat das Abkommen zur Umsetzung des US-Steuergesetzes FATCA genehmigt. Die SVP beantragte, auf die Vorlage nicht einzutreten, unterlag jedoch klar.

Weiter hat der Nationalrat drei Vorstösse der Fraktionen SVP, SP und Grünen angenommen, welche zusätzliche Auflagen für Banken fordern, um allfällige Folgen von Risiken abzufedern, z.B. durch ein Trennbankensystem. Der Ständerat hat als Zweitrat die Volksinitiative "Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache" dem Volk zur Ablehnung empfohlen. Die beiden Räte haben sich auf einen direkten Gegenvorschlags zur Hausarztinitiative geeinigt, die SVP hatte sich dagegen gestellt.

In der **zweiten Sessionswoche** hat der Ständerat die Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes beraten und ist dabei in weiten Teilen zum Entwurf des Bundesrates zurückgekehrt, nachdem der Nationalrat die Vorlage im Sinne der SVP verschärft hatte. Weiter hat der Ständerat nach dem Nationalrat im zweiten Anlauf ebenfalls die Ausgabenbremse zum Verpflichtungskredit von 3,126 Mrd. CHF für den Kauf neuer Kampfflugzeuge gelöst. Damit gibt das Parlament grünes Licht für den Kauf von 22 Gripen. Im Streit um das Armeebudget bleibt das Parlament hart. National- und Ständerat beauftragen den Bundesrat, den Ausgabenplafond von heute 4,4 auf 5 statt auf 4,7 Mrd. CHF im Jahr zu erhöhen. Der Nationalrat will den Alkoholver-

kauf im Sinne der SVP weniger stark einschränken als der Bundesrat und der Ständerat und kippt die vom Ständerat aufgenommenen Mindestpreisvorschriften für alkoholische Getränke wie auch das Verbot von Happy Hours aus dem Gesetz. Der Ständerat hat die Masseneinwanderungsinitiative der SVP beraten und empfiehlt diese, wie bereits der Nationalrat zuvor, entgegen dem Willen der SVP mit zur Ablehnung.

In der **dritten Sessionswoche** hat sich auch der Ständerat als Zweitrat gegen ein Mehrwertsteuermodell mit zwei Sätzen ausgesprochen. Damit bleibt es vorerst bei drei Mehrwertsteuersätzen. Der Nationalrat hat sich bei der Beratung zur Änderung des Sanktionenrechts dafür ausgesprochen, die Geldstrafe im Strafrecht zugunsten von Freiheitsstrafen zurückzudrängen, ohne aber die umstrittene bedingte Geldstrafe ganz abzuschaffen. Der Ständerat empfiehlt die Mindestlohn-Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Der Ständerat hat weiter beschlossen, die Auflagen für den Kriegsmaterialexport zu senken. In der Schlussabstimmung wurde der Beschluss, die Pädophilen-Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, vom Nationalrat abgelehnt. Damit kommt die Initiative ohne Abstimmungsempfehlung vor das Volk.



Eidgenössische Abstimmung vom 22. September 2013

- Aufhebung der Wehrpflicht
- Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)
- Änderung des Arbeitsgesetz (Tankstellenshops)

Die SVP freut sich über das **klare Votum der Schweizerinnen und Schweizer zugunsten einer sicheren Schweiz und gegen die Abschaffung der Wehrpflicht**. Eine leistungsfähige Milizarmee ist auch in Zukunft der Garant für eine funktionierende Landesverteidigung und für die Erfüllung der weiteren Aufgaben unserer Armee.

Neue Angriffe auf die Sicherheit des Landes und für eine Abschaffung der Armee stehen jedoch unmittelbar bevor. So wurde das Referendum gegen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge bereits angekündigt. Eine sichere Schweiz braucht zwingend einen wirkungsvollen Schutzschirm in der Luft. Die SVP steht zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und zu einer schlagkräftigen Milizarmee, welche die Souveränität und Neutralität der Schweiz sicherstellen. Dazu braucht die Armee aber auch die notwendigen Mittel. Die SVP verlangt deshalb vom Bundesrat, dass er der Armee mindestens die vom Parlament beschlossenen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellt, um ihren Auftrag zu erfüllen.

Die SVP nimmt mit **Befriedigung zur Kenntnis, dass mit der Zustimmung zur Änderung des Arbeitsgesetzes eine unsinnige Regelung korrigiert werden kann**. In Zukunft können bereits heute rund um die Uhr geöffnete **Tankstellenshops** auch in der Nacht ihr **gesamtes Sortiment** anbieten und müssen nicht Teile davon abdecken. Das heutige Abstimmungsresultat ist deshalb auch ein Ja zu mehr Freiheit. Massgebend für die Öffnungszeiten von Tankstellenshops sind auch in Zukunft die kantonalen Bestimmungen über die Ladenöffnungszeiten. Daran ändert der heutige Entscheid nichts.

Das Votum zugunsten des **revidierten Epidemiengesetzes war zu erwarten**. Es gilt jedoch die im Abstimmungskampf geäusserten Bedenken in Bezug auf die Be-

schränkung der persönlichen Freiheit und die neuen Registrierungspflichten in der Umsetzung ernst zu nehmen. Die SVP wird auch darauf achten, dass es mit dem neuen Gesetz nicht zu übertriebenen und unangemessenen behördlichen Reaktionen im Falle einer Epidemie kommt.

OKTOBER

Pressekonferenz des Überparteilichen Komitees vom 11. Oktober 2013

„Diskriminierung stoppen – Ja zur Familieninitiative!“

Das überparteiliche Komitee „Ja zur Familieninitiative“ hat an seiner Medienkonferenz die Gründe für ein JA zur Familieninitiative dargelegt. Das aus Parlaments- und Regierungsmitgliedern von BDP, CVP, EDU, LEGA und SVP zusammengesetzte Komitee verlangt, dass alle Eltern mit Kindern von denselben Steuerabzügen profitieren können. Ein Ja zur Gleichstellung beim Steuerabzug entlastet somit neu auch jene Familien, die ihre Kinder selber betreuen und beseitigt eine stossende Diskriminierung.

Diskriminierung stoppen!



Delegiertenversammlung in Meiringen (BE) vom 26. Oktober 2013

„Diskriminierung stoppen“

Die Delegierten der SVP Schweiz treffen sich zur Parolenfassung im bernischen Meiringen. Sie fassen die **Ja-Parole zur Familieninitiative** mit 354 Stimmen einstimmig. Diese gleicht die Ungerechtigkeit aus, dass ein Familienmodell, nämlich jenes der externen, staatlichen Kindsbetreuung, der Betreuung durch die Eltern zu Hause, finanziell bevorzugt.

Die Delegierten sprechen sich mit 319 Stimmen **gegen einer Erhöhung der Vignette** (Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen) aus. Die Leidtragenden dieser Erhöhung wären einmal mehr insbesondere die Gewerbetreibenden, die teilweise über 10, 20 oder mehr Fahrzeuge inklusive Anhänger verfügen und so übermässig zur Kasse gebeten würden. Gleichzeitig wurde die Erpressung des Volkes durch Bundesrätin Leuthard massiv gerügt.

Diese hat dem Volk gedroht, dass der Benzinpreis erhöht werde, wenn der Vignet-
tenerhöhung nicht zugestimmt würde.

NOVEMBER



Eidgenössische Abstimmung vom 24. November 2013

- Volksinitiative „1:12 - Für gerechte Löhne“
- Volksinitiative „Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen“
- Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG (100-Franken-Vignette))

Mit dem **NEIN zur Familieninitiative** bleibt die Diskriminierung der Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, bestehen. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind wohl der breiten Behörden- und Medienkampagne gefolgt, dass die Steuerabzüge nur den Reichen dienen und dass die Kantone kein Geld hätten für solche Steuer-senkungen. Die SVP bedauert dies. Gleichzeitig verlangt die SVP nun von der eidgenössischen Finanzministerin, aber auch den kantonalen Finanzdirektoren, einen Bericht, der aufzeigt, wie viele hunderte von Millionen die familienexterne Betreuung in Krippen und Tageschulen kostet. Dabei ist eine Vollkostenrechnung aufzustellen, d.h. inklusive Mietanteile in Schulhäusern, Fahrkosten der Schüler, Anteile Lehrergehälter und sonstige Betreuergehälter, direkte Subventionen an Eltern und Tages-schulen bzw. Kinderkrippen usw. Auf der Basis dieser Vollkostenrechnungen, welche die Allgemeinheit, d.h. alle Steuerzahler, ob Singles, Senioren, Ehepaare, mit oder ohne Kinder, bezahlen, kann dann auch über weitere Massnahmen, die zu einer verstärkten Gleichbehandlung von Familien führen, die ihre Kinder selber betreuen, diskutiert werden.



(Bild: SRF)

1:12-Initiative: Abfuhr für sozialistische Rezepte

Die Schweizerinnen und Schweizer haben der sozialistischen 1:12-Initiative eine deutliche Absage erteilt. Die Festsetzung der Löhne ist Sache der Unternehmer und

Angestellten und nicht Aufgabe des Staates. Die SVP wird sich nun insbesondere auch für die Ablehnung der im nächsten Jahr zur Abstimmung kommenden Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften stark machen. Es darf nicht sein, dass gerade die Schwächsten, inklusive berufliche Neueinsteiger, durch eine solche Initiative gar keine Chance mehr auf einen bezahlten Arbeitsplatz erhalten. Insbesondere wären auch gewisse Branchen wie zum Beispiel das Gast- und Hotelgewerbe oder auch die Textilindustrie ganz besonders betroffen. Die Folgen in diesen Branchen wären ein Abbau von Arbeitsplätzen und dies oft insbesondere in den Berg- und Randregionen.

Entlastung Autofahrer: Ein erster Schritt in die richtige Richtung

Die SVP ist erfreut, dass der Souverän sich **gegen die ungerechtfertigte Vignetten-erhöhung ausgesprochen** hat. Mit dem NEIN wird ein erster Schritt in Richtung faire Verkehrsfinanzierung gemacht. Die Vorlage war eine klassische Mogelpackung. Weder wären mit ihr neue Strassen gebaut worden, noch würde die Zweckentfremdung von Strassengeldern gestoppt. Stattdessen hätte der Autofahrer mit den Erhöhungen bloss weiter gemolken werden sollen.

Delegiertenversammlung in Reiden (LU) vom 23. November 2013 „Mass halten – auch bei der Einwanderung“

Die 352 anwesenden Delegierten der SVP Schweiz fassen im luzernischen Reiden in Anwesenheit des Bundespräsidenten Ueli Maurer einstimmig die **JA-Parole zur Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“**, über die wir am 9. Februar 2014 abstimmen werden.

Die Volksinitiative adressiert die Folgen der masslosen Zuwanderung in unser Land. Die Initiative will weder einen generellen Stopp der Zuwanderung, noch verlangt sie die Kündigung der bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union (EU). Sie gibt dem Bundesrat aber den Auftrag, mit der EU Nachverhandlungen über die Personenfreizügigkeit und damit über die eigenständige Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung zu führen: ein moderater und massvoller Ansatz.



V.l.n.r.: Valentin Vogt, Präsident Arbeitgeberverband, Ruth Humbel, Nationalrätin CVP, Eric Nussbaumer, Nationalrat SP, Moderator Patrik Müller, Chefredaktor Schweiz am Sonntag, Verena Herzog Nationalrätin SVP, Adrian Amstutz Fraktionspräsident SVP



Wintersession 2013 (25. November – 13. Dezember)

In der **ersten Sessionswoche** wurde Hannes Germann (SVP/SH) zum Ständeratspräsidenten gewählt. Der Nationalrat hat, wie bereits der Ständerat, eine Art indirekten Gegenvorschlag zur Pädophilen-Initiative verabschiedet. Während die Initiative ein lebenslängliches Tätigkeitsverbot für verurteilte Sexualstraftäter verlangt, dauern die Verbote nach der Variante der Räte in der Regel maximal zehn Jahre. Bei der Differenzbereinigung des Bürgerrechtsgesetzes hält der Nationalrat im Sinne der SVP in den meisten Punkten an seiner schärferen Version fest. Schweizer Soldaten sollen weiterhin die Schweizer Botschaft in der libyschen Hauptstadt Tripolis schützen. Der Nationalrat hat der Verlängerung des Einsatzes bis Januar 2016 zugestimmt.

In der **zweiten Sessionswoche** hat die SVP-Fraktion beschlossen, den neu vereinigten Nationalrat Roger Golay des Mouvement Citoyens Genevois (MCG) in die Fraktion aufzunehmen. Der Nationalrat hat sich mit Unterstützung der SVP zum zweiten Mal gegen das unzureichende Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) ausgesprochen. Nun muss der Bundesrat neue Vorschläge präsentieren. Der Ständerat hiess als Zweitrat ein Übereinkommen zwischen der Schweiz und Kosovo gut, wonach verurteilte Kosovaren in der Schweiz und Schweizer im Kosovo ihre Freiheitsstrafe auch in ihrem Heimatland absitzen können – oder müssen. Weiter hat der Ständerat erneut ein nationales Vermummungsverbot abgelehnt. Einmal mehr hat der Nationalrat die Forderung der SVP nach einem Finanzreferendum abgelehnt. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dem Rüstungsprogramm 2013 im Umfang von 740 Mio. CHF zugestimmt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP 990 Mio. CHF für den Bau eines 4-Meter-Korridor auf der Gotthard-Achse gesprochen. Der Ständerat empfiehlt die Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung dem Volk zur Ablehnung.

In der **dritten Sessionswoche** hat der Ständerat beschlossen, die Volksinitiative "für eine öffentliche Krankenkasse" Volk und Ständen zur Ablehnung zur empfehlen. Der Nationalrat hat das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China deutlich gutgeheissen. Die Räte verabschieden das Budgetdebatte mit einer Kürzung um 150 Mio. CHF bei Sach- und Betriebsaufwand. Das Budget schliesst somit bei Einnahmen von 66,245 Mrd. CHF und Ausgaben von 66,124 Mrd. CHF mit einem Überschuss von 121 Mio. CHF. Der Nationalrat empfiehlt Volk und Ständen die Volksinitiative „Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ zur Ablehnung. Die SVP hatte sich einstimmig für die Initiative ausgesprochen. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat nach einer Debatte mit über 70 Sprechern gegen die Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften ausgesprochen. Die Krankenversicherungspflicht soll weiterhin auch für Sans-Papiers und abgewiesene Asylsuchende gelten. Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative von Lukas Reimann (SVP/SG) abgelehnt. Der Ständerat hat am als Erstrat die Änderung des Ausländergesetzes zur Verankerung der Integration als Staatsaufgabe beraten und hat diese entgegen dem Willen der SVP angenommen. Gestrichen wurde zumindest der Rechtsanspruch auf Niederlassungsbewilligung nach 10 Jahren bei guter Integration, wie es der Bundesrat wollte. Im Nationalrat fällt das neue Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich klar durch. SVP, FDP, CVP und GLP stimmten gegen das

Abkommen. Entgegen dem Willen der SVP ist der Nationalrat damit einverstanden, die Regeln zur Steueramtshilfe erneut anzupassen.

DEZEMBER

Die SVP lanciert am 10. Dezember 2013 die Kampagne für die Volksinitiative **„gegen Masseneinwanderung“**. Das Plakat zeigt, dass die Binsenwahrheit „Masslosigkeit schadet“ auch im Falle der masslosen Zuwanderung zutrifft. Die Schweiz im Würgegriff der durch die heutige Form der Personenfreizügigkeit nicht mehr kontrollierbaren Zuwanderung. Aber auch die Wirtschaftsverbände und Manager haben in den letzten Jahren masslos Einwanderer in die Schweiz geholt, ohne die Langzeitfolgen für unsere Sozialwerke und die kulturelle Integration zu beachten. Das Plakat zeigt aber auch exemplarisch auf, dass es eng wird in unserem Land. Derzeit mögen noch Früchte der Zuwanderung spriessen, doch bald wird der erfolgreichen Entwicklung des Landes der Boden fehlen. Eine massvolle Zuwanderung kann dem Land Nutzen bringen - eine masslose Zuwanderung schadet früher oder später.



Pressekonferenz des überparteilichen Komitees vom 19. Dezember 2013

„Masslosigkeit schadet – auch der Wirtschaft – Masseneinwanderung stoppen“

Fünf Unternehmer des überparteilichen Komitees gegen die Masseneinwanderung haben anlässlich der Pressekonferenz im Dezember 2013 die Gründe für ein JA aus Unternehmersicht dargelegt.



Vlnr: Nationalrat G. Parmelin, Nationalrat Ch. Blocher, Nationalrat A. Amstutz, Ständerat T. Minder, Ständerat T. Jenny

2. SVP-Frauen Schweiz

Jahresbericht 2013 der SVP Frauen Schweiz

Die Delegierten der SVP Frauen diskutieren an **vier Plenarversammlungen** über die aktuellen, politischen Geschehnisse:

Im Januar:

Die SVP Frauen trafen sich in Zürich und diskutierten zusammen mit unserem Finanzspezialisten NR Hans Kaufmann über die Minderinitiative.

Im April:

Im Fraktionszimmer der Bundeshausfraktion in Bern. Das spannende und interessante Referat von NR Markus Hausammann führte zu regen Diskussionen rund um das Asylwesen der Schweiz.

Im August:

Die Delegierten SVP Frauen tagten im Grossratsgebäude in Aarau, wo sie auch von der Grossratspräsidentin Vreni Friker persönlich begrüsst wurden. Als Gast-Referent war NR Geri Müller eingeladen. Er vertrat die GSoA Initiative – wobei er gegen die kompetente SVP-Frau Stefanie Heimgartner nicht punkten konnte.

Im Oktober:

Die vierte Plenarversammlung fand im HB Zürich statt. Die SVP Frauen nahmen die Gelegenheit wahr und liessen sich von NR Walter Wobmann über die Strassenfinanzierung (insbesondere über die Abstimmung zur Vignetten-Erhöhung) kompetent informieren.

Der Vorstand der SVP Frauen traf sich zu fünf Arbeitssitzungen und genoss im Dezember das gemeinsame Fraktionessen in Bern.

Die SVP Frauen bedanken sich auch dieses Jahr herzlich für die angenehme Zusammenarbeit mit der Parteileitung und die grosse Unterstützung durch unseren Parteipräsidenten Toni Brunner. Besonderen Dank auch allen Nationalrätinnen und aktiven SVP Frauen, welche uns jeweils kompetent zu anstehenden Parolen beraten haben. Erwähnt sind der Einfachheit halber im Jahresbericht jeweils die „auswärtigen“ Referenten.

Ausblick

Für das Jahr 2014 sowie das anstehende Wahljahr 2015 haben sich die SVP Frauen viel vorgenommen. Um die Aufgaben und Arbeiten effizient erledigen zu können, werden die SVP Frauen alle interessierten Frauen anschreiben und aufrufen aktiv mitzuarbeiten und einen Beitrag für unsere gemeinsamen SVP-Werte Wohlstand, Sicherheit und Neutralität leisten zu können.

3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 15 Fraktionsvorstösse, 22 Parlamentarische Initiativen, 98 Motionen, 25 Postulate, 138 Interpellationen und 3 Einfache Anfragen eingereicht worden. Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2013 hat die SVP an **87 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Revision der Verordnung über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagenverordnung, KKV)
- Energiestrategie 2050
- Deplafonierung des Solidaritätsprozents in der Arbeitslosenversicherung
- Entwurf der Verordnung über die Eidgenössische Fachkommission zur Beurteilung der Behandelbarkeit lebenslänglich verwahrter Straftäter
- Freizügigkeitsgesetz und Gesetz über die berufliche Vorsorge
- Bundesgesetz über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA
- Totalrevision des Bundesgesetzes über Beiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien
- Neue Richtlinien über die Abrechnung u.a. von eidg. Berufs- und höheren Fachprüfungen
- 11.431 Pa.Iv. Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen
- Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder und Jugendförderung
- Änderung des Publikationsgesetzes
- Abkommen zwischen der Schweiz und den USA zur erleichterten Umsetzung von FATCA
- Revision im Bereich der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände
- Teilrevision über die Krankenversicherung (KVV) sowie der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV)
- 03.445 Pa.Iv. Öffentliches Beschaffungswesen. Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium
- Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der dringlichen Änderung des Asylgesetzes
- Bundesgesetz über die Registrierung von Krebserkrankungen
- Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches. Öffentliche Beurkundung

- Änderung des Zollgesetzes (Teilrevision)
- Änderung des Obligationenrechts sowie des Revisionsaufsichtsrechts
- Änderung des Vernehmlassungsgesetzes
- Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen
- Teilrevision der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen
- Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet
- Verordnung über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel
- Entwurf über die Revision der Verordnung über die in der Schweiz entsandten Arbeitnehmer (EntsV)
- Neufestlegung des Zuschlags gemäss Art. 15b des Energiegesetzes (EnG)
- Änderung des Gentechnikgesetzes und Koexistenzverordnung
- Revision des Landesversorgungsgesetzes (LGV)
-
- Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität sowie Bundesbeschluss zur Genehmigung der Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und über die Erlangung von Beweisen und Auskünften in Verwaltungssachen im Ausland.
- Änderung des Bundesgesetzes über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes
- Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ und indirekter Gegenvorschlag
- Finanzplatzstrategie – Änderung des Geldwäschereigesetzes (GwG)
- Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV)
- Totalrevision des Bundesgesetzes über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten
- Vorentwurf zur Totalrevision des Ordnungsbussengesetzes
- Totalrevision der Kernenergiehaftpflichtverordnung
- Ausführungsbestimmungen der Agrarpolitik 2014-2017
-

- Teilrevision der Jagdverordnung (JSV)
- Nachrichtendienstgesetz
- Vorentwurf einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte
- Umsetzung der revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière; Bundesgesetz (GAFI)
- Revision der Binnenschiffverkehrsverordnung
- Umsetzung der im zweiten „Via sicura“-Paket enthaltenen Massnahmen
- Revision der Verordnung über Verkehr mit Abfällen (VeVA)
- Verordnung des WBF über die offiziellen Zeichen für Berg- und Alpprodukte
- Teilrevision der Verordnung über die politischen Rechte
- Totalrevision der Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung (V-FIFG)
- Vorentwurf zur Verordnung gegen die Abzockerei
- 2. Programm zur Beseitigung der Engpässe im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel
- Teilrevision der gesetzlichen Bestimmungen über die Wareneinfuhr im Reiseverkehr
- Ergänzung des Waldgesetzes im Rahmen der Umsetzung Waldpolitik 2020
- Totalrevision des Gütertransportgesetzes
- Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung von Artikel 48 Absatz 2bis LWG und Artikel 45a TSG
- Bundesgesetz über Verbesserungen beim Informationsaustausch zwischen Behörden im Umgang mit Waffen
- 11.446 s Pa.Iv. Lombardi. Für ein Auslandschweizergesetz
- Revision des Korruptionsstrafrechts
- Anhörung zur Änderung der Energieverordnung und Herkunftsnachweisverordnung
- Bundesgesetz über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (SRVG)
- Teilrevision des Steueramtshilfegesetzes

- 09.530 Pa.Iv. Löschung ungerechtfertigter Zahlungsbefehle
- Totalrevision der Biozidprodukteverordnung
- Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite
- Revision des Steuerstrafrechts
- Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!»
- Revision des Umweltschutzgesetzes als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“
- Änderung des Asylgesetzes. Neustrukturierung des Asylbereiches
- Teilnahme der Schweiz an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen (Galileo und EGNOS)
- 11.457 Pa.Iv. Stärkung der Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen
- Pa.Iv. Recordon. Frist für die Sanierung belasteter Standorte
- Teilrevision der Waffenverordnung
- Änderungen der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee
- Bundesgesetz sowie Verordnung über Zweitwohnungen
- Änderung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs
- Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2015 für das Programm Agglomerationsverkehr
- Weiterentwicklung des Dublin/Eurodac-Besitzstands
- Änderung des Tabaksteuergesetzes (Tabaksteuergesetz TStG)
- Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung (SEFV)
- Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien
- Änderung der Energieverordnung (EnV): Umsetzung der Pa. Iv. 12.400 auf Verordnungsstufe
- Teilrevision der Raumplanungsverordnung
- 10.417 Pa.Iv. Militärstrafprozess. Ausdehnung der Rechte der Geschädigten
- Revision des Zivildienstgesetzes

- Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem / Varianten eines Energielenkungssystems
- Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (gewerbsmässige Gläubigervertretung)
- Änderung der Tierseuchenverordnung, der Tierschutzverordnung für den öffentlichen Veterinärdienst
- Totalrevision der Bankenverordnung (BankV)

5. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2013 hat die SVP folgende **Positionspapiere** veröffentlicht:

- Berufswelt und Volksschule (April)
- Integration ist kein Selbstbedienungsladen (August)
- Schweizer Recht vor fremdem, internationalem Recht (August)
- Argumentarium – Ja zur Familieninitiative (Oktober)
- Argumentarium Masseneinwanderung (Dezember)
- Legislatur-Halbzeitbilanz (Dezember)

6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen

2013 haben SVP, SVP-Frauen, SVP-Senioren und die SVP International insgesamt 128 **Pressecommuniqués** (Vorjahr 121) veröffentlicht. Zusätzlich sind Editorials zu aktuellen Themen in Form eines elektronischen Newsletters publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind monatlich erschienen. Die Auflage hat Ende 2013 gegen 60'000 Exemplare in Deutsch und 5'000 in Französisch tendiert.

Im Jahr 2013 hat die SVP **7 Medienkonferenzen** durchgeführt:

31. Januar 2013	Energiestrategie 2050 führt ins Abseits
12. April 2013	Volksschule bereitet immer weniger auf Berufsleben vor
22. April 2013	Dem Volk vertrauen
08. August 2013	Integration ist kein Selbstbedienungsladen
12. August 2013	Schweizer Recht vor fremdem, internationalem Recht
11. Oktober 2013	Diskriminierung stoppen – Ja zur Familieninitiative!
19. Dezember 2013	Masslosigkeit schadet – auch der Wirtschaft – Masseneinwanderung stoppen

7. Internet

2013 produziert die SVP 14 **Internet-TV-Beiträge** in deutscher Sprache und 9 in französischer Sprache. Sie verzeichnen insgesamt **9'709 (d), 2'378 (f)**.

Die SVP betreibt die Facebook-Seite SVP UDC und kommuniziert regelmässig über Aktualitäten. Bis zum 31.12.2013 treten unserer Gruppe **7'914 Mitglieder** (2'401 auf die damalige Gruppe Schweizerische Volkspartei * Union démocratique du centre) bei.

Bis zum 31.12.2013 werden **335'997 Besuche auf svp.ch** (339'194 im Vorjahr) registriert (das sind durchschnittlich 920 Besuche pro Tag 929 im Vorjahr). Die Frontseite ist die meistbesuchte Seite (234 855 Seitenaufrufe) gefolgt von der Seite über die Parolen (24'371 Aufrufe), der Seite über die die Kampagnen (14'378), der Seite mit der Übersicht der Kantonalparteien (12'871) und der Seite mit den Volksinitiativen (10'218). In den Top Ten finden sich auch der Shop und die Seite „Mitglied werden“.

II. PARTEIORGANE

1. Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus **761** Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2013 haben 5 Delegiertenversammlungen und 1 Sonderparteitag stattgefunden:

Delegiertenversammlung in Balsthal (SO) vom 26. Januar 2013
„NEIN zur Verstaatlichung unserer Kinder“

Delegiertenversammlung in Engelberg (OW) vom 04. Mai 2013
„Dem Volk vertrauen – Volkswahl Bundesrat“

Sonderparteitag in Würenlos (AG) vom 15. Juni 2013
„Volksschule und Berufswelt“

Delegiertenversammlung in Genf (GE) vom 24. August 2013
„Dem Sozialismus eine Absage erteilen“

Delegiertenversammlung in Meiringen (BE) vom 26. Oktober 2013
„Diskriminierung stoppen“

Delegiertenversammlung in Reiden (LU) vom 23. November 2013
„Mass halten – auch bei der Einwanderung“

2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 115 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1:

(Stand: 31.12.2013)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Nadja Pieren (BE)
	NR Oskar Freysinger (VS)
	NR Luzi Stamm (AG)
	Judith Uebersax (SZ)
	Claude-Alain Voiblet (VD)
Fraktionspräsident	NR Adrian Amstutz (BE)
Bundesrat	Ueli Maurer (ZH)
Generalsekretär ab 1.7.09	Martin Baltisser (BE)
Präsidentin SVP Frauen	Judith Uebersax (SZ)
Präsident SVP Senioren	NR Hans Killer (AG)
Präsidentin SVP International	Inge Schütz (ZH)
Präsidenten Kantonalparteien	AG Thomas Burgherr
	AI Ruedi Eberle
	AR Edgar Bischof
	BE Werner Salzmann
	BL Oskar Kämpfer
	BS NR Sebastian Frehner
	FR Roland Mesot
	GE NR Céline Amaudruz
	GL Marc Ziltener
	GR NR Heinz Brand
	JU Romain Schaer
	LU Franz Grüter
	NE Hughes Chantraine
	NW Christoph Keller
	OW Albert Sigrist
	SG Herbert Huser
	SH Werner Bolli
	SO Silvio Jeker
	SZ Xaver Schuler
	TG Ruedi Zbinden
	TI Gabriele Pinoja
	UR Pascal Blöchlinger

	VD	Fabienne Despot
	VS	Desmeules Jérômes (UVS)
	VS	Franz Ruppen (OVS)
	ZG	Markus Hürlimann
	ZH	NR Alfred Heer
	JSVP	Erich Hess
	SVP int.	Inge Schütz

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	Roger Fricker Pascal Furer Andreas Glarner Michelle Kumpli
AI	Martin Ebnetter
AR	Werner Rechsteiner
BE	Andrea Pieren Jolanda Brunner Aliko M. Panayides Samuel Krähenbühl Michael Waber NR Albert Rösti
BL	NR Thomas de Courten Dominik Straumann
BS	Andreas Ungricht
FR	Gilberte Demont Jean-Luc Rimaz
GE	François Velen a. NR Jacques Pagan
GL	Vakant
GR	Mario Cortesi Jan Koch
JU	Didier Spies
LU	Marcel Omlin Tanja Bieri Räto B. Camenisch
NE	Raymond Clottu
NW	Peter Wyss
OW	Susann Schmid
SG	Roland Büchel August Wehrli Vakant
SH	Daniel Preisig Mariano Fioretti
SO	Christian Imark

	Heinz Müller
SZ	Roland Lutz NR Pirmin Schwander
TG	Marcel Schenker NR Hansjörg Walter
TI	Eros Mellini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	Philipp Stauber Vakant Vakant
VS	Fredy Ursprung (OVS) Ilan Garcia (UVS) Jean-Luc Addor (UVS)
ZG	Vreni Althaus Heinz Tännler
ZH	Gregor A. Rutz a. NR Ernst Schibli Martin Haab Anita Borer Elisabeth Pflugshaupt Reinhard Wegelin Hans-Ueli Vogt
JSVP	Xavier Schwitzgruébel (GE) Anian Liebrand (AG)
SVP International	Roman Rauper

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

AG	NR Sylvia Flückiger
BE	a. NR Thomas Fuchs
BS	Alexander Gröflin
GR	Reto Rauch
NE	Florian Robert-Nicoud
NW	Michèle Blöchlinger
OW	Christoph von Rotz
TG	Jakob Stark
VD	Gérald Nicod
VS	Raphael Filliez
ZG	NR Thomas Aeschi
ZH	NR Christoph Mörgeli Roger Liebi a. NR Ueli Schlüer NR Hans Egloff

3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 30 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung von deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2013)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Nadja Pieren (BE)
	NR Oskar Freysinger (VS)
	NR Luzi Stamm (AG)
	Judith Uebersax (SZ)
	Claude-Alain Voiblet (VD)
Fraktionspräsident	NR Adrian Amstutz (BE)
Bundesrat	Ueli Maurer (ZH)
Generalsekretär	Martin Baltisser (BE)
Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	Thomas Burgherr (AG)
	Werner Salzman (BE)
	Franz Grüter (LU)
	Herbert Huser (SG)
	Fabienne Despot (VD)
	NR Alfred Heer (ZH)
Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Judith Uebersax (BE)
Präsident SVP Senioren Schweiz	NR Hans Killer (AG)
Präsident Junge SVP Schweiz	Erich Hess (BE)
Vertreterin der Romandie	Gilberte Demont (FR)
Vertreter der italienischen Schweiz	Eros Mellini (TI)
Vertreter der romanischen Schweiz	Reto Rauch (GR)
Weitere Mitglieder	NR Christoph Mörgeli (ZH) NR Pirmin Schwander (SZ) NR Hansjörg Walter (TG) NR Sylvia Flückiger (AG) Michèle Blöchliger (NW) Mariano Fioretti (SH) Inge Schütz (ZH) NR Céline Amaudruz (GE)

4. Parteileitung

Die Parteileitung setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2013)

Funktion	
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Toni Brunner (SG)
Vizepräsident	Nationalrat Christoph Blocher (ZH)
Vizepräsident	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)
Vizepräsidentin	Judith Uebersax (SZ)
Vizepräsident	Nationalrat Luzi Stamm (LU)
Vizepräsident	Nationalrat Oskar Freysinger (VSO)
Vizepräsident	Claude-Alain Voiblet (VD)
Fraktionspräsident	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2013)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Martin Baltisser, Bremgarten (BE)
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretärin	Miriam Gurtner, Konolfingen (BE)
Kommunikation	Kevin Grangier, Courtaman (FR) Thomas Gemperle, Frauenfeld (TG)
	Kevin Crausaz, Villeneuve (FR)
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Miriam Gurtner, Konolfingen (BE)
	Kaspar Voellmy, Herrenschwanden (BE) Pascal Nussbaum, Bern (BE)
	Urs Vögeli, Zofingen (AG) Urs Winkler, Grindelwald (BE)
Koordinator UDC Romandie	Claude-Alain Voiblet, Lausanne (VD)
Fraktionsassistentin	Denise Betschart, Dotzigen (BE)
Sekretariat	Susanne Rebora, Schliern (BE)
Assistentin d. Parteipräsidenten	Marcia Cerantola, Rosshäusern (BE)

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat (Präsidentschaftsjahr 2013)

- **Ueli Maurer**, Vorsteher VBS, Hinwil (ZH);
gewählt am 14.12.2011; im Amt seit 1.1.2009

Mit 57 Nationalräten (54 SVP, 2 Lega, 1 MCG) und 6 Ständeräten (5 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2013)

AG	Flückiger Sylvia, Schöftland Giezendanner Ulrich, Rothrist Killer Hans, Untersiggenthal Knecht Hansjörg, Leibstadt Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick Stamm Luzi, Baden-Dättwil
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Geissbühler Andrea, Herrenschwanden Joder Rudolf, Belp Pieren Nadja, Burgdorf Röst Albert, Uetendorf von Siebenthal Erich, Gstaad Wandfluh Hansruedi, Frutigen
BL	Baader Caspar, Gelterkinden De Courten Thomas, Rünenberg
BS	Frehner Sebastian, Basel
FR	Rime Jean-François, Bulle
GE	Amaudruz Céline, Puplinge Nidegger Yves, Genf
GR	Brand Heinz, Klosters
LU	Estermann Yvette, Kriens Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Clottu Raymond, La Brévine
NW	Keller Peter, Hergiswil
SG	Brunner Toni, Ebnet-Kappel Büchel Roland, Oberriet Müller Thomas, Rorschach

	Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Borer Roland, Kestenholz Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Schwander Pirmin, Lachen
TG	Hausammann Markus, Langrickenbach Herzog Verena, Frauenfeld Walter Hansjörg, Wängi
TI	Rusconi Pierre, Sorengo
VD	Bugnon André, Saint-Prex Grin Jean-Pierre, Pomy Parmelin Guy, Bursins Veillon Pierre-François, Les Plans-sur-Bex
VS	Freysinger Oskar, Savièse
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Binder Max, Illnau Blocher Christoph, Herrliberg Bortoluzzi Toni, Affoltern a.A. Egloff Hans, Aesch Fehr Hans, Eglisau Heer Alfred, Zürich Kaufmann Hans, Wettswil Mörgeli Christoph, Stäfa Rickli Natalie, Winterthur Rutz Gregor, Zürich Stahl Jürg, Brütten

Lega dei Ticinesi

TI	Pantani Roberta, Chiasso Quadri Lorenzo, Lugano
----	--

MCG, seit Dezember 2013

GE	Golay Roger, Petit-Lancy
----	--------------------------

Ständeräte (Stand: 31.12.2013)

GL	Jenny This, Glarus
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon Föhn Peter, Muotathal
TG	Eberle Roland, Weinfelden

Parteilos

SH	Minder Thomas, Neuhausen am Rheinflall
----	--

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2013

Volksabstimmung vom 3. März	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stän- de Ja	Stände Nein	
Bundesbeschluss über die Familien- politik	Nein	Nein	Ja	Ja	54.3	45.7	9 2/2	11 4/2	abgelehnt
Volksinitiative „ gegen die Abzo- ckerei “	Nein	Nein	Nein	Ja	67.9	32.1	20 6/2	0	angenom- men
Referendum: Änderung des Raum- planungsgesetzes	Nein	Nein	Ja	Ja	62.9	37.1	-	-	angenom- men

Volksabstimmung vom 17. Juni	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stän- de Ja	Stände Nein	
Volksinitiative vom 7. Juli 2011 « Volkswahl des Bundesrates » (BBI 2012 9643)	Ja	Nein	Nein	Nein	23.7	76.3	0	20 6/2	abgelehnt
Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG) (Dringliche Änderungen des Asylge- setzes, AS 2012 5359, BBI 2012 8261)	Ja	Ja	Ja	Nein	78.4	21.6	-	-	angenom- men

Volksabstimmung vom 22. Sep- tember	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stän- de Ja	Stände Nein	
Volksinitiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“	Nein	Nein	Nein	Ja	26.8	73.2	0	20 6/2	abgelehnt
Bundesgesetz über die Bekämpfung	Nein	Ja	Ja	Ja	60.0	40.0	-	-	angenom-

übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)									men
Änderung des Arbeitsgesetzes (Tankstellenshops sollen rund um die Uhr offen haben dürfen)	Ja	Ja	Ja	Nein	55.8	44.2	-	-	angenommen

Volksabstimmung vom 24. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	
Volksinitiative „1:12“	Nein	Nein	Nein	Ja	34.7	65.3	0	20 6/2	abgelehnt
Volksinitiative „Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen“	Ja	Nein	Nein	Nein	41.5	58.5	2 1/2	18 5/2	Abgelehnt
Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG; Preiserhöhung Autobahnvignette)	Nein	Ja	Ja	Freigabe	39.5	60.5	-	-	abgelehnt

IV. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2013

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2012	32 %	45	140
AI	jährlich	*	*	49
AR	2011 (alle 3 Jahre)	*	10	65
BE	2010	26.6 %	44	160
BL	2011	24.0 %	24	90
BS	2012	15 %	15	100
FR	2011 (alle 5 Jahre)	18.6 %	21	110
GE	2013	10.3 %	11	100
GL	2010	26.3 %	17	60
GR	2010 (alle 3 Jahre)	*	4	120
JU	2010	6.4 %	4	60
LU	2011	22.3%	27	120
NE	2013	16.9 %	20	115
NW	2010	26.6 %	19	60
OW	2010	21.1 %	11	55
SH	2012	33.6%	20	60
SO	2013	20.2 %	19	100
SG	2012	25.4 %	35	120
SZ	2012	34 %	35	100
TG	2012	30.5%	41	130
TI	2011	-	5	90
UR	2012	24.6%	14	64
VD	2012 (alle 5 Jahre)	17.1 %	29	150
VS	2013	17.2 %	21	130
ZG	2010	22.7 %	19	80
ZH	2011	29.6 %	54	180

* keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

V. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svpag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	svpai@gmx.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-baselland.ch	info@svp-bl.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	praesident@svp-gl.ch
GR	www.svp-graubuenden.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svplu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svpso.ch	info@svpso.ch
SZ	www.schwyzer-svp.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	stampa@udc-ti.ch
UR	www.svp-uri.ch	info@svp-uri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	bureau@udcval.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch